

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 82. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 11. November 2004

1. Abgeordnete
Klaus Hammer und
Manfred Nink (SPD)

„Kostensenkungsprogramm“ der Railion Deutschland AG

Aktuellen Presseberichten zufolge plant die Güterverkehrstochter der Bahn Railion Deutschland AG ein so genanntes Kostensenkungsprogramm, mit dem ein massiver Arbeitsplatzabbau verbunden sein soll. Angaben der Gewerkschaft Transnet zufolge sollen in den kommenden beiden Jahren bis zu 3 000 der insgesamt 23 000 Stellen abgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Pläne der Railion Deutschland AG bekannt, wonach Arbeitsplätze abgebaut werden sollen?
2. Wenn ja, wäre nach Kenntnis der Landesregierung auch der Sitz des Unternehmens in Mainz betroffen?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um einen möglichen Stellenabbau in Mainz zu verhindern bzw. zumindest abzumildern und zu flankieren?
4. Wie beurteilt die Landesregierung ihren Einwirkungsspielraum auch vor dem Hintergrund von Zusagen aus vergangenen Jahren seitens der Vorgängergesellschaft DB Cargo?

2. Abgeordnete
Dr. Josef Rosenbauer und
Heinz-Hermann Schnabel
(CDU)

Tagesbetreuungsausbaugesetz

Das von der Bundesregierung beschlossene Tagesbetreuungsausbaugesetz stößt auf die Kritik des Landkreistages Rheinland-Pfalz, der fürchtet, dass die Einsparungen aus Hartz IV keinesfalls ausreichen, um die im Gesetz geforderten Maßnahmen zu finanzieren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Vertritt die Landesregierung die Auffassung, dass Hartz IV die Kommunen finanziell entlasten wird?
2. Wie hoch werden die finanziellen Einsparungen für die Kommunen ausfallen?
3. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die zu erwartenden Einsparungen die Kommunen in die Lage versetzen, die neuen Aufgaben, die ihnen mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz auferlegt wurden, zu finanzieren?
4. Wird keine ausreichende finanzielle Entlastung eintreten, welche Wege zur Finanzierung sieht die Landesregierung für die Kommunen?

3. Abgeordnete**Elke Kiltz****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Verseuchtes Viehfutter durch dioxinhaltigen Kaolinit-Ton aus einer Tongrube in Rheinland-Pfalz**

Dioxinverseuchtes Viehfutter hat in der vergangenen Woche zur Sperrung von 173 Bauernhöfen in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen geführt. Die Verseuchung wurde durch Kartoffelschalen aus der Herstellung von Pommes frites verursacht, die als Viehfutter verkauft werden. Ursprung des Giftes ist dioxinhaltiger Kaolinit-Ton, der als Trennmittel in der Sortierung der Kartoffeln verwendet wird. Der Kaolinit-Ton wurde offenbar von einer Tongrube aus Rheinland-Pfalz geliefert. Bereits im Jahr 1999 war Ton aus einer Grube in Ransbach-Baumbach im Westerwald die Ursache für eine Verseuchung von Futtermitteln.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Werden die Tongruben im Westerwald seit dem Futtermittelskandal 1999 regelmäßig auf Dioxingehalte der Tone untersucht? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen, wenn nein, warum nicht?
2. Wie werden die Abnehmer des Tones auf den möglichen oder tatsächlich gemessenen Dioxingehalt des Tones aufmerksam gemacht?
3. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um zu verhindern, dass dioxinhaltige Tone als Hilfsstoffe für die Lebens- und Futtermittelindustrie vermarktet werden?
4. Für welchen Zweck können dioxinhaltige Tone verwendet werden, ohne dass gesundheitliche Risiken für Menschen und Tiere entstehen?

4. Abgeordneter**Herbert Jullien (CDU)****Konsequenzen der Steuerschätzung für den Doppelhaushalt 2005/2006**

Ich frage die Landesregierung:

1. Um welchen Betrag müssen nach der Steuerschätzung vom November 2004 die Einnahmen des Haushaltes für die Jahre 2005 und 2006 verändert werden?
2. Welche Folgen haben die zu erwartenden Änderungen der Steuereinnahmen der Kommunen auf die Höhe des sog. „Verstetigungsdarlehens“?
3. Wie verändert sich nach der Steuerschätzung der Abstand der veranschlagten Nettoneuverschuldung zur Verfassungsgrenze der eigenfinanzierten Investitionen?
4. Bleibt die Landesregierung auch angesichts des extrem knappen Abstandes der Neuverschuldung zur Verfassungsgrenze im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2005/2006 und angesichts der Einbindung großer Teile der veranschlagten Investitionen in weite Deckungskreise mit nicht-investiven Ausgaben bei ihrer Auffassung, dass eine Überschreitung der Verfassungsgrenze mit Blick auf die dafür zulässigen Ausnahmetatbestände nicht erforderlich ist?

5. Abgeordnete**Nicole Morsblech (FDP)****FH-Studiengang für Erzieherinnen und Erzieher**

Ab dem Sommersemester 2005 haben Erzieherinnen und Erzieher, die eine Leitungsfunktion in Kindertageseinrichtungen ausüben oder anstreben, die Möglichkeit, sich in einem berufsbegleitenden Fernstudiengang akademisch zu qualifizieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Gibt es einen vergleichbaren Studiengang auch in anderen Bundesländern bzw. ist der Landesregierung bekannt, ob es in anderen Bundesländern vergleichbare Pläne gibt?
2. Welche Erwartungen verknüpft die Landesregierung mit dem neuen Studiengang im Hinblick auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kindertagesstätten?
3. Liegen der Landesregierung bereits Informationen vor, wie groß die Nachfrage nach dem neuen Studiengang ist?
4. Hält die Landesregierung die Professionalisierung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung in den Fachschulen für ausreichend, soweit es nicht um die Qualifizierung von Führungskräften geht?

6. Abgeordneter**Nils Wiechmann****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)**

Die Bundesregierung hat am 14. Juli 2004 ein Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung vorgelegt. Der Bundestag hat das Gesetz erstmalig am 28. Oktober beraten. Der Bundesrat signalisierte in einer Stellungnahme bereits seine grundsätzliche Zustimmung.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Regelungen des Gesetzentwurfs ist in welcher Weise eine Änderung bzw. Stärkung der Stellung der berufsbildenden Schulen im Rahmen der beruflichen Ausbildung im dualen System vorgesehen?
2. Wie bewertet die Landesregierung ihre in den vorgelegten Regelungen vorgesehenen Möglichkeiten, für Absolventinnen und Absolventen von vollzeitschulischen und sonstigen Berufsbildungsgängen den Zugang zu einer Kammerprüfung und damit zu einem anerkannten Abschluss einer beruflichen Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu öffnen?
3. In welcher Weise will die Landesregierung vor dem Hintergrund fehlender Ausbildungsplatzangebote in Rheinland-Pfalz diese Möglichkeit an welchen berufsbildenden Schulen umsetzen?
4. Welche Chancen sieht die Landesregierung in dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung, mehr jungen Menschen zu einem anerkannten Berufsausbildungsabschluss zu verhelfen?

7. Abgeordnete**Margit Mohr (SPD)****Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes**

Vor dem Hintergrund des Regierungsentwurfs zur Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs für eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche und umweltverträgliche Versorgung mit Strom frage ich die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat die Entflechtung (Unbundling) auf die Energieversorgungsunternehmen (EVU) in Rheinland-Pfalz und welche Belastungen können ggf. für kleine kommunale Versorgungsunternehmen auftreten?
2. Welche Netzbetreiber sind nach Kenntnis der Landesregierung für die Übertragung und Verteilung von Strom in Rheinland-Pfalz zuständig?
3. Welche Methoden der Netznutzungsentgeltermittlung sind nach dem Gesetzentwurf vorgesehen und welche Position nimmt dabei die dezentral erzeugte Energie (KWK) ein?

8. Abgeordneter**Erhard Lelle (CDU)****Anhörung zum Entwurf einer Landesverordnung über den Naturpark Pfälzerwald**

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass den Gemeinden kein aussagekräftiges Kartenmaterial über geplante Zonierungen zur Verfügung steht?
2. In welchem Umfang werden bestehende öffentliche Einrichtungen wie z. B. Sportplätze, Vereinsheime, Pfälzerwaldverein-Hütten, Zeltplätze u. Ä. durch Stillezone, Kernzone oder Pflegezone eingeschränkt bzw. gefährdet?
3. Inwiefern wird die Bauleitplanung von Ortsgemeinden durch die vorgesehenen Zonierungen gefährdet bzw. eingeschränkt?
4. Welche Beschränkungen gibt es zukünftig in den einzelnen Zonen bezüglich touristischer Einrichtungen, wie z. B. Rad- und Wanderwegen, Paddelweihern und ähnlichen Einrichtungen?